

# Wilhelm Zoellner (1860–1937)

Westfälischer Generalsuperintendent und Vorsitzender  
des Reichskirchenausschusses –  
Kirchenführer mit staatlicher Legitimation

*Von Thomas Martin Schneider*

*Wilhelm Zoellner*

Es ist schon erstaunlich, wie viele führende Persönlichkeiten des deutschen Protestantismus während der Zeit des Nationalsozialismus aus dem von der lutherischen Erweckungsbewegung geprägten Westfalen stammen. Es waren dies Personen ganz unterschiedlichen Charakters, die auch ganz unterschiedlichen kirchenpolitischen und theologischen Richtungen zuzurechnen sind – wie der designierte Reichsbischof Friedrich von Bodelschwingh, der Bevollmächtigte Adolf Hitlers für die Fragen der Evangelischen Kirche, Schirmherr der Glaubensbewegung »Deutsche Christen« (DC) und Reichsbischof Ludwig Müller, der Präses der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche und Vorsitzende des Reichsbruderrates Karl Koch und der Mitbegründer und Vorsitzende des Pfarrernotbundes und prominente Vertreter des radikalen Flügels der Bekennenden Kirche Martin Niemöller. Auch der Vorsitzende des Reichskirchenausschusses – zumindest dem Anspruch nach der oberste Repräsentant des deutschen Protestantismus in der Nachfolge des faktisch entmachteten Reichsbischofs Müller – (Christian Heinrich) Wilhelm Zoellner gehörte dazu.

Den am 30. Januar 1860 in Minden geborenen Zoellner und den eine Generation jüngeren Müller verband Einiges. Beide waren Eisenbahnerkinder, wuchsen in Gütersloh auf, besuchten das dortige Evangelisch-Stiftische Gymnasium, hatten denselben Religionslehrer, studierten in Halle an der Saale und Bonn Evangelische Theologie und kehrten nach dem Studium kurzzeitig als Erzieher an ihre alte Schule zurück. Als westfälischer Generalsuperintendent war Zoellner mehrere Jahre lang oberster Vorgesetzter Müllers und verfasste als solcher im Jahre 1912 ein Gutachten über diesen. Zoellner bescheinigte Müller ein sicheres Auftreten und rhetorische Begabung, ließ aber deutlich durchblicken, dass er ihn im Grunde für einen ehrgeizigen, sich selbst überschätzenden Blender ohne viel Substanz hielt.<sup>1</sup> Im April 1933 war es gleichwohl wahrscheinlich Zoellner, der seinen früheren Untergebenen in den Berliner Evangelischen Oberkirchenrat einführte.<sup>2</sup> Anderthalb Jahre später entbrannte der Konkurrenzkampf zwischen beiden um die Führung der Deutschen Evangelischen Kirche. Auch zu Bodelschwingh, Koch und Niemöller bestanden diverse dienstliche Verbindungen und persönliche Kontakte Zoellners. Dies gilt im Übrigen auch für prominente Nicht-Westfalen wie Karl Barth und die führenden Repräsentanten der lutherischen Vereinigungsbestrebungen und des lutherischen Teils der Bekennenden Kirche. Inwieweit solche Beziehungen aus früheren Jahren das Verhalten der Protagonisten des sogenannten Kirchenkampfes ab 1933 und ihr Verhältnis unter-

---

1) E. BRINKMANN, Ludwig Müllers Lebensjahre in Westfalen (JWKG 76, 1983, 192–200), 199 f.

2) W. PHILIPPS, Wilhelm Zoellner – Mann der Kirche in Kaiserreich, Republik und Drittem Reich, 1985, 119.

einander mitbestimmten, ist in der Forschung wohl noch nicht hinreichend berücksichtigt worden. Hier sei auf diesen Aspekt zumindest hingewiesen.

## 1. Werdegang<sup>3</sup>

Als Zoellner 1935 mit 75 Jahren den Vorsitz des Reichskirchenausschusses übernahm und noch einmal ins Rampenlicht der Öffentlichkeit trat, hatte er bereits ein reiches Berufsleben mit einer beachtlichen Karriere und sogar einige Jahre als – freilich aktiver – Ruheständler hinter sich. Diese lange erste Phase seines Lebens darf natürlich nicht ausgeblendet werden, wenn man sein Agieren in den beiden letzten Jahren seines Lebens verstehen will.

Bevor Zoellner jeweils zwei Semester in Halle und Bonn studierte, war er vom Sommersemester 1879 bis zum Sommersemester 1880 an der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig immatrikuliert. Hier wurde er (auch nach eigenem Bekunden) sehr nachhaltig in seinem theologischen Denken geprägt. Am meisten beeindruckten ihn die dem Neuluthertum zuzurechnenden Professoren Karl Friedrich August Kannis, Christoph Ernst Luthardt und Franz Deltzsch. Auch entdeckte er in dieser Zeit Wilhelm Löhes *Drei Bücher von der Kirche*<sup>4</sup>, die, wie er noch im Alter oft erzählte, »die Sehnsucht nach der Kirche in seine Seele« einbrannten.<sup>5</sup> Von seinen Lehrern in Halle erwähnte Zoellner später vor allem den Biblizisten Martin Kähler, dessen grundsätzliche Vorbehalte gegenüber einer christlichen Sozialethik er teilte. In Bonn konzentrierte Zoellner sich vermutlich auf die Vorbereitung auf das Examen, das er Ostern 1883 in Münster bestand. Als Ergebnis seiner wissenschaftlichen Arbeit für das zwei Jahre später ebenfalls in Münster erfolgreich abgelegte zweite Examen hielt er fest, das Zentrum der reformatorischen Bekenntnisse sei das Kreuz Christi.<sup>6</sup>

Von 1885 bis 1889 war Zoellner Hilfsprediger in seiner Heimatstadt Gütersloh sowie im nahe gelegenen Friedrichsdorf, wo er die zwölf Jahre ältere Tochter des Pfarrers, Marie Klasing (gestorben 1920), heiratete; die Ehe blieb kinderlos. In Friedrichsdorf hätte er die Nachfolge seines Schwiegervaters antreten können, zog jedoch eine Berufung ins Rheinland, nach Barmen-Wupperfeld, vor. Zoellner arbeitete hier acht Jahre lang als ausgesprochen fleißiger und erfolgreicher Seelsorger und Organisator. Die wohlhabende lutherische Gemeinde, die ihre

---

3) Vgl. hierzu insgesamt PHILIPPS (s. Anm. 2), 11–37; T. M. SCHNEIDER, Art. Zoellner, Wilhelm (BBKL 14, 1998, 567–572), 567 f.

4) W. LÖHE, *Drei Bücher von der Kirche*, 1845 (Nachdruck 1969).

5) Zitiert nach PHILIPPS (s. Anm. 2), 17.

6) A. a. O., 18 f.

Pfarrer sehr sorgfältig, oft von weither wählte, galt im Übrigen als Karriere-sprungbrett. Zoellner erwog eine akademische Laufbahn und begann mit der Herausgabe einer Schriftenreihe,<sup>7</sup> deren Ziel es war, das »Gold« der theologischen Forschung »in gangbare Münze zu prägen und weiterzugeben«<sup>8</sup>. Als göttliche Führung sah er es an, wenn sein Weg ihn dann doch nicht in die Hochschule, sondern zunächst in die Innere Mission führte. Auf Grund persönlicher Kontakte zur Familie Theodor Fliedners wurde ihm das Amt des Vorstehers des Diakonissenmutterhauses Kaiserswerth angetragen, dem damals fast 1.000 Schwestern angehörten. Ebenfalls acht Jahre lang hatte er dieses Amt inne. Es war dies eine konfliktreiche Zeit. Seine Kompetenzen waren nicht eindeutig umrissen, und seine Pläne einer umfassenden Um- und Neuorganisation konnte er nicht durchsetzen. Eine schwere, monatelange Erkrankung markiert das Ende seiner Kaiserswerther Zeit.

Den Rekonvaleszenten erreichte der Ruf in das Amt des Generalsuperintendenten der Kirchenprovinz Westfalen. Kaiserin Auguste Viktoria hatte angeregt, Männer der Inneren Mission in kirchenleitende Ämter zu berufen, um die Evangelische Frauenhilfe, die ihr ein besonderes Anliegen war, zu fördern. Der Geistliche Vizepräsident des altpreußischen Evangelischen Oberkirchenrats, Propst Hermann Freiherr von der Goltz, der Zoellner persönlich kannte und schätzte, hatte daraufhin Zoellner vorgeschlagen und gegen anfängliche Bedenken, er stehe der Union womöglich allzu kritisch gegenüber, auch durchgesetzt. Solche Bedenken waren, wie sich zeigen sollte, nicht unberechtigt. Zoellner sah die Union letztlich als »die Folge der rationalistischen Verkümmerng« und einer unzulässigen Vermengung von geistlichem und weltlichem Regiment<sup>9</sup> an und unterstützte später sehr aktiv die lutherischen Einigungsbestrebungen. Die Erwartungen der Kaiserin indes enttäuschte er nicht. Intensiv widmete er sich dem systematischen Aufbau der Frauenhilfe und bemühte sich um deren diakonische Ausrichtung. Die Verbindung von Gemeinde und Innerer Mission lag ihm überhaupt sehr am Herzen. Auch engagierte er sich für die Auslandsdiaspora und -diakonie und unternahm 1910 eine längere Brasilienreise. An der Gründung des Diakonissenhauses in Münster 1914 war er maßgeblich beteiligt. Als durch und durch Konservativer, der sich unter anderem an Ernst Wilhelm Hengstenberg orientierte<sup>10</sup> und in der altpreußischen Generalsynode zur äußer-

---

7) J. MÖLLER u. W. ZOELLNER (Hg.), Handreichung zur Vertiefung christlicher Erkenntnis, 4 Hefte, 1897; Heft 2: W. ZOELLNER, Amos und Hosea, 1897.

8) Zitiert nach PHILIPPS (s. Anm. 2), 23.

9) Zitiert nach a. a. O., 110 f.

10) W. ZOELLNER, Ernst Wilhelm Hengstenberg (Westfälische Lebensbilder. Hauptreihe. Bd. 3, 1934, 62–90).

sten Rechten gehörte, setzte sich Zoellner entschieden dafür ein, dass theologisch liberal eingestellte Pfarrer in Westfalen keine Anstellung bekamen bzw. sogar aus dem Dienst entlassen wurden (Gottfried Traub). Auch die Lehrerschaft versuchte er auf einen streng bibel- und bekenntnisorientierten Religionsunterricht zu verpflichten. Obwohl er sich mit dem Plan einer ganz auf die Person des Bischofs zugeschnittenen episkopalen Verfassung nicht durchsetzen konnte, war de facto er es, der auf Grund seiner stark autoritären Persönlichkeit die westfälische Provinzialkirche leitete. Bei seiner Mitarbeit in der ökumenischen Bewegung – er engagierte sich in zahlreichen internationalen Gremien – ging es ihm vor allem um die Bewahrung der konfessionellen und auch nationalen Identitäten, und die konfessionell lutherischen Einigungsbestrebungen förderte er auch auf internationaler Ebene.

1931 trat Zoellner in den Ruhestand und zog nach Düsseldorf-Oberkassel. Durch Predigten, Vorträge, Rundfunkansprachen und Publikationen trat er weiterhin an die Öffentlichkeit. Von 1931 bis 1935 war er zudem Erster Vorsitzender der Reichsfrauenhilfe in Potsdam.

## 2. Die zweite Karriere

Mit seinem *Aufruf zur Sammlung der Lutheraner. Die Kirche im Aufbruch der Nation*<sup>11</sup> vom Gründonnerstag 1933 erzielte Zoellner eine beachtliche Wirkung. Er sah auf Grund der »nationalen Revolution«, die er als »Zeitwende« bezeichnete, zugleich die Chance und die Notwendigkeit für eine grundlegende kirchliche Verfassungsreform für gekommen, wenn er auch meinte, dass die »Kirche als Gemeinde des Glaubens« von den Zeitereignissen »unberührt« bleibe. Er forderte eine episkopal strukturierte »evangelische Kirche deutscher Nation auf klarer Bekenntnisgrundlage«, worunter er eine einheitliche lutherische Kirche mit einer reformierten und einer konsensus-unierten Teilkirche verstand. Eine »Nachahmung staatlicher Formen« lehnte er ausdrücklich ab, bezog dies jedoch lediglich auf die »falsche Angleichung an das demokratische Prinzip des Staates von Weimar«. Darüber, dass bei seiner Forderung nach Bischöfen anstelle von »Kirchenparlamenten« die Gefahr einer Nachahmung des Führerprinzips drohte, reflektierte er nicht. Indem er das »Bekenntnis« zur maßgeblichen Norm für den kirchlichen Neubau erklärte, nannte er das entscheidende Stichwort des beginnenden sogenannten »Kirchenkampfs«. Zoellners Aufruf war im Übrigen ein deutliches Signal, dass er auch im Ruhestand noch bereit und willens

---

11) Der Aufruf ist abgedruckt bei PHILPPS (s. Anm. 2), 115 f. Hier auch die folgenden Zitate.

war, die Kirchenpolitik aktiv mitzugestalten. Insbesondere von lutherischer Seite wurde Zoellners Vorstoß positiv aufgenommen. In einer nur wenige Tage nach Zoellners Aufruf formulierten Presseerklärung der Konferenz der Führer der lutherischen Landeskirchen wurde sein Anliegen beinahe wortgleich wiederholt.<sup>12</sup>

Nachdem er zunächst eine kurze Zeit lang eine Zusammenarbeit mit der Glaubensbewegung »Deutsche Christen« für möglich gehalten hatte, distanzierte sich Zoellner sehr bald von dieser, fand aber im Grunde auch keinen rechten Zugang zu der sich auf der Reichsbekenntnissynode in Barmen formierenden Bekennenden Kirche, die er des Unionismus verdächtigte.<sup>13</sup> Auf der Gründungsversammlung des Lutherischen Rates im August 1934 gehörte Zoellner zu denen, die die Ergebnisse der Barmer Synode trotz des vorgesehenen Lutherischen Konventes für eine Einführung hielten. »Wir brauchen die Basis weiter als in Barmen«, eine »Ergänzung zu Barmen« sei nötig, pflichtete er dem schlesischem Bischof Otto Zänker und dem Erlanger Theologieprofessor Paul Althaus bei, und kategorisch erklärte er: »Die Union wollen wir nicht«; diese habe schon »zu viele Verwüstungen angerichtet«. Freilich warnte er vor einem offenen Bruch mit der Reichsbekenntnissynode, wenn er auch meinte, man müsse unabhängig von dieser agieren können.<sup>14</sup> Zoellner arbeitete im Lutherischen Rat aktiv mit. Die Kundgebung *Der Lutherische Rat zur Eingliederung lutherischer Landeskirchen* vom Oktober 1934 etwa trägt auch seine Unterschrift.<sup>15</sup> Unter Berufung auf Artikel 7 der Confessio Augustana wird darin die Eingliederung lutherischer Landeskirchen in die von den »Deutschen Christen« beherrschte Reichskirche als rechtswidrig bezeichnet:

*In den lutherischen Kirchen ist das Bekenntnis bestimmend und verpflichtend für die gesamte Kirchenordnung. Werden darum durch die Eingliederung die Landeskirchen ihres eigenen Kirchenregimentes beraubt, dann hört die lutherische Kirche in Deutschland auf [,] Kirche im Sinne ihres eigenen Bekenntnisses zu sein [...].*

---

12) Die Presseerklärung ist abgedruckt bei H. BRAUN u. C. NICOLAISEN (Bearb.), Verantwortung für die Kirche. Aufzeichnungen und stenographische Mitschriften von Landesbischof H. Meiser, Bd. 1 (AKZG A 1), 1985, XXV.

13) Zu dem ambivalenten Verhältnis der Lutheraner zur Reichsbekenntnissynode in Barmen und ihren Ergebnissen vgl. insgesamt: W.-D. HAUSCHILD, G. KRETSCHMAR u. C. NICOLAISEN (Hg.), Die lutherischen Kirchen und die Bekenntnissynode von Barmen. Referate des Internationalen Symposiums auf der Reissensburg 1984, 1984.

14) Zitiert nach BRAUN/NICOLAISEN (s. Anm. 12), 325 f.

15) Die Kundgebung vom 5. Oktober 1934 (in: LANDESKIRCHLICHES ARCHIV [LKA] HANNOVER D 15 [Depositum Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands] V 1/1). Hier auch die folgenden Zitate.

Als einer von acht Vertretern des Lutherischen Rates nahm Zoellner auch an dem Deutschen Lutherischen Tag in Hannover im Juli 1935 teil.<sup>16</sup>

Um den Streit in der evangelischen Kirche zu beenden, betraute Adolf Hitler im Sommer 1935 den bisherigen Reichsminister ohne Geschäftsbereich Hanns Kerrl mit den Kirchenangelegenheiten.<sup>17</sup> Dieser firmierte dann eigenmächtig als Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten bzw. als Reichskirchenminister. Im Oktober berief er überraschend Zoellner zum Vorsitzenden des neu geschaffenen Reichskirchenausschusses (RKA). Zoellner war nicht Kerrls erste Wahl gewesen. Doch Fritz von Bodelschwingh und der hannoversche Landesbischof und Vorsitzende der bekennniskirchlichen Ersten Vorläufigen Kirchenleitung (VKL I), August Marahrens, hatten abgelehnt. Marahrens und der stellvertretende RKA-Vorsitzende, der hannoversche Oberlandeskirchenrat Christhard Mahrenholz, hatten aber offenbar Zoellner vorgeschlagen, während Bodelschwingh ihm dringend von diesem Amt abgeraten hatte.<sup>18</sup> Zoellner jedoch wollte mit Hilfe der gemäßigten Vertreter der DC und der Bekennenden Kirche sowie der Neutralen die Kirche neu zu ordnen. Dem Staat, in dessen Auftrag er amtierte, sicherte er seine Loyalität zu. Im ersten Aufruf des RKA<sup>19</sup> heißt es:

*Wir bejahen die nationalsozialistische Volkwerdung auf der Grundlage von Rasse, Blut und Boden. Wir bejahen den Willen zu Freiheit, nationaler Würde und sozialistischer Opferbereitschaft bis zur Lebenshingabe für die Volksgemeinschaft. Wir erkennen darin die uns von Gott gegebene Wirklichkeit unseres deutschen Volkes.*

Ein wenig relativiert werden diese ex post sehr anbiedernd klingenden Sätze freilich durch den Hinweis darauf, dass Jesus Christus der »Heiland und Erlöser

---

16) Vgl. hierzu: C. STOLL, Der Deutsche Lutherische Tag von Hannover (2.–5. Juli 1935). Mit einem Geleitwort von Landesbischof D. Meiser (Bekennende Kirche 31–32, Ergänzungsheft I), 1935.

17) Zum sogenannten Reichskirchenministerium vgl. H. KREUTZER, Das Reichskirchenministerium im Gefüge der nationalsozialistischen Herrschaft (Schriften des Bundesarchivs 56), 2000; G. GRÜNZINGER, Zur Frage der Zuständigkeit des Reichskirchenministers im Altreich und in den neuen Gebieten des Deutschen Reiches 1940–1942 (Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte. Mitteilungen 23, 2005, 97–119).

18) Zu Bodelschwinghs Verhältnis zum Reichskirchenminister vgl. T. M. SCHNEIDER, Kollaboration oder Vermittlung im Dienste des Evangeliums? Zum Verhältnis Friedrich von Bodelschwinghs zum Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten (in: ... und über Barmen hinaus. Studien zur kirchlichen Zeitgeschichte. Festschrift für Carsten Nicolaisen, hg. v. J. MEHLHAUSEN [AKZG B 23], 1995, 305–317). Aufbau und Ergebnisse dieses Aufsatzes hat KREUTZER (s. Anm. 17), 286–295, im Wesentlichen übernommen (vgl. auch die Übernahme von Zitaten und Belegstellen), wenn sie auch meinte, sich in polemischer Weise von dem Aufsatz abgrenzen zu müssen.

19) Der Aufruf vom 17. Oktober 1935 ist u.a. abgedruckt in: KJ 60–71, 1933–1944, 21975, 108. Hier auch die folgenden Zitate.



aller Völker und Rassen« sei und dass sich »alle Arbeit der Kirche«, einschließlich ihrer Verwaltung, ausschließlich an der Heiligen Schrift und den Bekenntnissen der Reformation zu orientieren habe. Zoellners Stellung war auf Grund der fehlenden kirchlichen Legitimität des Ausschusses, der geringen Gestaltungsmöglichkeiten, die ihm Kerrl zugestand, der massiven Widerstände der radikaleren Teile der »Deutschen Christen« und der Bekennenden Kirche sowie des nominellen Weiteramtierens des DC-Reichsbischofs Ludwig Müller von Anfang an schwach. In dem schon zitierten ersten Aufruf bezeichnete der RKA sich selbst auch nur als »Treuhänder für eine Übergangszeit, an deren Ende eine in sich geordnete selbständige Deutsche Evangelische Kirche stehen soll«.

Zoellner warb besonders um das Vertrauen und die Unterstützung des konfessionellen Luthertums und des lutherischen Teils der Bekennenden Kirche. In einer Sitzung des Lutherischen Rates im Dezember 1935 redete er stundenlang auf die Anwesenden ein.<sup>20</sup> Mit gewissem Recht konnte Zoellner sich als Mitstreiter für die lutherische Einigung präsentieren. »Liebe, ja Leidenschaft für die lutherische Kirche« hätten ihn letztlich, so behauptete er, dazu bewogen, den RKA-Vorsitz zu übernehmen. Zoellner konnte indessen nur einen Teil der Mitglieder des Lutherischen Rates überzeugen, ein anderer Teil lehnte den RKA kompromisslos ab und wies auch auf die Widersprüchlichkeit der Haltung Zoellners hin: Gerade nach lutherischem Verständnis könne der RKA keine kirchenregimentlichen Befugnisse beanspruchen, da ihm sowohl die klare lutherische Bekenntnisbindung als auch die kirchliche Beauftragung fehlten; gerade der RKA sei doch ein unionistisches und letztlich summeepiskopales Gebilde. Anlässlich der Feier des Anschlusses der sächsischen Landeskirche an den Lutherrat im Mai 1936 sprach Zoellner in der Dresdner Frauenkirche ein Grußwort, in dem er abermals um die Gunst des Luthertums buhlte, zugleich aber deutlich machte, dass sein Werben offensichtlich zunehmend auf Ablehnung stieß:

*[...] wir bitten [...] um Ihre Mithilfe! Tadelt uns, kritisiert uns, mahnt uns! – wir hören es gern. Aber suchen Sie nicht lauter Knüppel, die Sie uns zwischen die Beine werfen könnten, daß wir straucheln und fallen möchten! Freut Euch nicht über Schwierigkeiten, die wir haben, in der Hoffnung, daß wir bald dahin sein möchten! Helft uns vielmehr mit Eurer Treue und Eurem Gebet! Denn wir wollen und müssen nun weiter. Wir müssen hin [...] zu dem,*

---

20) Vgl. das masch. Protokoll von C. Stoll der »Tagung des Fortsetzungsausschusses des Deutschen Luther. Tages und des Lutherischen Rates am 16. und 17. Dezember 1935 in Berlin« (in: LKA HANNOVER D 15 V 1/2). Hier auch die folgenden Zitate.

*was uns vorschwebt in heißer Sehnsucht und starker Liebe und festem Hoffen:  
zu der einen lutherischen Kirche in Deutschland!*<sup>21</sup>

Symptomatisch für das Bemühen Zoellners, sich – ungeachtet seiner staatlichen Beauftragung – im kirchlichen Bereich Autorität zu verschaffen und seine Treue zu Bibel und Bekenntnis unter Beweis zu stellen, war die Reaktion des Reichskirchenausschusses auf die »Verdeutschung« der Bergpredigt durch den faktisch entmachteten, nominell aber weiteramtierenden Reichsbischof Ludwig Müller, der versucht hatte, die Bergpredigt in den Jargon und die Vorstellungswelt der Nationalsozialisten zu übertragen und gleichzeitig durch eine solche Reformarbeit in einem kirchlichen Kernbereich seine geistliche Führerrolle in der Deutschen Evangelischen Kirche unter Beweis zu stellen.<sup>22</sup> Im März 1936 legte der Reichskirchenausschuss Verwahrung gegen die Unterzeichnung der Bergpredigt-Übertragung mit »Euer Reichsbischof« ein und bezeichnete das Werk als »reine Privatarbeit«.<sup>23</sup> Im April 1936 gab er ein Gutachten heraus, in dem Müller – zu Recht – eine Reihe von »Verfälschungen« nachgewiesen und »Betrug« am Leser vorgeworfen wurden.<sup>24</sup> Müller habe sich »von der im Worte Gottes begründeten, aus dem Bekenntnis heraus lebenden und ohne Lehre nicht existenzfähigen evangelischen Kirche« losgesagt.<sup>25</sup> Bezeichnend war die Reaktion auf das Gutachten.<sup>26</sup> Es bewirkte weithin offenbar genau das Gegenteil dessen, was damit beabsichtigt war, denn nicht nur deutsch-christliche Kreise solidarisierten sich mit Müller, sondern auch Angehörige der sogenannten »kirchlichen Mitte«, des liberalen Protestantismus und sogar der Bekennenden Kirche, darunter dezidierte Kritiker der Bergpredigt-»Verdeutschung« Müllers, bestritten den Kirchenausschüssen grundsätzlich das Recht, sich zu Lehrfragen zu äußern, und kritisierten, es sei der Eindruck einer »Exkommunikation« erweckt worden. Dass das Gutachten des Reichskirchenausschusses auch an die theologischen Fakultäten gesandt wurde, rügte das Reichskirchenministerium als Kompetenzüberschreitung.

---

21) Zoellners Grußwort ist abgedruckt in: K.-D. SCHMIDT, Dokumente des Kirchenkampfes II. Die Zeit des Reichskirchenausschusses 1935–1937. Erster Teil (AGK 13), 1964, 685–689, Zitat: 687.

22) L. MÜLLER, Deutsche Gottesworte. Verdeutscht von Reichsbischof Ludwig Müller, 1936 (zahlreiche Auflagen). Vgl. hierzu: T. M. SCHNEIDER, Reichsbischof Ludwig Müller. Eine Untersuchung zu Leben, Werk und Persönlichkeit (AKZG B 19), 1993, 250–273.

23) GESETZBLATT DER DEUTSCHEN EVANGELISCHEN KIRCHE, 18.3.1936.

24) Das Gutachten vom 17.4.1936 mit einem Anschreiben Zoellners an die obersten Behörden der deutschen evangelischen Landeskirchen ist abgedruckt in: SCHMIDT, Dokumente 1 (s. Anm. 21), 589–594.

25) Zitiert nach a. a. O., 594.

26) Vgl. hierzu: SCHNEIDER, Reichsbischof (s. Anm. 22), 261–263.

Ganz ähnlich wie mit dem Gutachten zu Müllers Bergpredigt-Verballhornung erging es Zoellner und dem Reichskirchenausschuss auch mit einem Gutachten vom Juli 1936, in dem man sich theologisch klar von dem als schwärmerisch gekennzeichneten »falschen Ansatz« der radikalen Thüringer Deutschen Christen distanzierte.<sup>27</sup> Die erwartete Anerkennung von bekenntniskirchlicher Seite blieb aus, statt dessen kam es im Namen der Bekenntnisfreiheit zu gewissen Solidarisierungstendenzen mit den ansonsten eher isolierten Thüringer Deutschen Christen.<sup>28</sup>

Als Zoellner im Februar 1937 in den Streit zwischen der deutsch-christlichen Kirchenleitung und bekenntniskirchlichen Pfarrern in Lübeck eingreifen wollte, wurde Zoellner die Fahrt nach Lübeck auf Betreiben des Reichskirchenministeriums, insbesondere des Staatssekretärs Hermann Muhs, sowie des Regierenden Bürgermeisters der Hansestadt staatspolizeilich verboten.<sup>29</sup> Am 12. Februar 1937 trat Zoellner – und mit ihm der gesamte Reichskirchenausschuss – zurück. Das Schreiben an Kerrl, in dem er seinen Rücktritt begründete, macht deutlich, dass die Lübecker Affäre nur der Anlass, nicht aber die tiefere Ursache für die Demission war. Zoellner beklagte, dass es in einer Reihe von Landeskirchen mit radikalem deutsch-christlichen Kirchenregiment und bekenntniskirchlicher Opposition bzw. bekenntniskirchlichem Notregiment auf Grund staatlicher Intervention nicht möglich gewesen sei, Kirchengremien zur Befriedung der Lage einzusetzen. Auch sonst sei die Arbeit des Reichskirchenausschusses »wiederholt behindert« worden. Die zunehmende »antikirchliche und antichristliche Propaganda« sei nicht eingedämmt worden. Es sei nicht möglich gewesen, sich unmittelbar an den Führer zu wenden.<sup>30</sup> Zoellner regte im Übrigen an, die Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche interimistisch der »Konferenz der im leitenden Amt der Kirche stehenden Amtsträger« zu übertragen.<sup>31</sup> In einem Wort Zoellners an die Gemeinden hieß es zwar, die Arbeit des Reichskirchenausschusses sei »nicht ohne Erfolg geblieben«, jedoch

---

27) Das Gutachten vom 4.7.1936 ist abgedruckt in: K.-D. SCHMIDT, Dokumente des Kirchenkampfes II. Die Zeit des Reichskirchenausschusses 1935–1937. Zweiter Teil (AGK 14), 1965, 825–827.

28) Zu den Thüringer Deutschen Christen vgl. H.-J. SONNE, Die politische Theologie der Deutschen Christen. Einheit und Vielfalt deutsch-christlichen Denkens, dargestellt anhand des Bundes für deutsche Kirche, der Thüringer Kirchenbewegung »Deutsche Christen« und der Christlich-deutschen Bewegung, 1982, 56–100.

29) Zum ganzen Vorgang vgl. den Bericht aus den Akten des Reichskirchenausschusses vom Februar 1937, abgedruckt in: SCHMIDT, Dokumente 2 (s. Anm. 27), 1332–1339. Vgl. auch G. BESIER, Die Kirchen und das Dritte Reich. Spaltungen und Abwehrkämpfe 1934–1937, 2001, 631–637.

30) Schreiben Zoellners im Namen des Reichskirchenausschusses an den Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten zur Begründung des Rücktritts, 12. Februar 1937, abgedruckt in: SCHMIDT, Dokumente 2 (s. Anm. 27), 1339–1343.

31) Schreiben Zoellners im Namen des Reichskirchenausschusses an den Reichsminister für die

mahnte Zoellner zugleich nicht nur zur Treue gegenüber der »Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments« und den reformatorischen Bekenntnissen, sondern er sprach auch von der »Kirche unter dem Kreuz« und warnte, »daß sich niemand verbittern lasse und daß niemand verzage«. Freilich enthielt auch dieses Wort noch ein Treuebekenntnis »zu unserem Volk und seinem Führer«. <sup>32</sup> Im »Wahlkampf« für die von Hitler schließlich für 1937 angeordneten Kirchenwahlen, die dann nie stattfanden, <sup>33</sup> engagierte Zoellner sich für eine Einigungsaktion der kirchlichen »Mitte«, lehnte es aber ab, noch einmal selbst zu kandidieren. Zoellner überlebte das Ende der Kirchenausschüsse im übrigen nur um wenige Monate. Am 16. Juli 1937 starb er in Düsseldorf-Oberkassel.

### 3. Grenzen

Wilhelm Zoellner hat ein umfangreiches literarisches Werk hinterlassen. <sup>34</sup> Es handelt sich dabei nahezu ausschließlich um kürzere, teilweise in Sammelbänden zusammengefasste praktisch-theologische Gelegenheitsschriften: Predigten, dia-konie- und kirchenpolitische Stellungnahmen etc.

Einem vorindustriellen Ordnungsdenken verhaftet, hatte Zoellner kaum Verständnis für moderne sozialetische Fragen. Nationalprotestantischem Zeitgeist entsprechend, erlag er der Kriegsbegeisterung vom August 1914, sprach von »Gottes Beistand« für die »gerechte Sache« des Kaisers. <sup>35</sup> In einem Gottesdienst in der Leipziger Thomaskirche 1916 dankte er Gott für die Eroberung Bukarests durch deutsche Truppen. <sup>36</sup> Die Kriegsniederlage und das Ende der Monarchie 1918 beurteilte er als Katastrophe. Sowohl Sozialismus als auch Liberalismus als auch Parlamentarismus und Demokratie lehnte er grundsätzlich ab; von der Zeit der ersten deutschen Demokratie sprach er in nationalistischer Manier nur abfällig als von der »Systemzeit« und dem »Parteienstaat«. <sup>37</sup> Le-

---

kirchlichen Angelegenheiten betr. Vorschlag zur Behebung des Verfassungsnotstandes in der Deutschen Evangelischen Kirche, 12. Februar 1937, abgedruckt a. a. O., 1343–1345, hier: 1343.

32) Wort Zoellners im Namen des Reichskirchenausschusses an die Gemeinden, 12. Februar 1937, abgedruckt a. a. O., 1345–1347.

33) Vgl. hierzu K. MEIER, *Der evangelische Kirchenkampf*, Bd. 2, 21984, 142–154, und BESIER (s. Anm. 29), 638–655.

34) Bibliographie von Mechtild Köhn, Münster, aus dem Jahre 1968, abgedruckt in: PHILIPPS (s. Anm. 2), 169–197.

35) Zitiert nach a. a. O. (s. Anm. 2), 60.

36) Vgl. ebd.

37) W. ZOELLNER, *Von der Neuordnung der Kirche. Drei Reden*, 1936, 20 f.

diglich die konfessionell lutherischen Einigungsbestrebungen förderte er nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene. Als Verfechter einer Theologie der »Schöpfungsordnungen«, zu denen für ihn außer Familie, Ehe und Geschlecht vor allem Volkstum und Vaterland gehörten, begrüßte Zoellner die »nationale Erhebung« 1933, lehnte allerdings seinem Verständnis der lutherischen Regimentenlehre gemäß ein unmittelbares (partei-)politisches Engagement der Kirche und ihrer Repräsentanten ab. Vor einer Überbetonung der Rasse warnte er frühzeitig, wenn er auch – einem kulturell bestimmten Antijudaismus Stoeckerscher Provenienz gemäß – gegen die angeblich alles vergiftende und verderbende »jüdische, im jüdischen Geist Christus hassende Presse« polemisierte.<sup>38</sup>

Zoellners Feindbild schlechthin war der »individualistische Idealismus«, der nach seiner Einschätzung »Deutschlands geistiges Leben seit 100 Jahren beherrschte«.<sup>39</sup> Diesen Individualismus machte er für die Zersplitterung und Zersfaserung des deutschen Protestantismus, für Unionismus und rationalistische und sozialetische Verkürzung und Verflachung der Theologie und der kirchlichen Verkündigung verantwortlich. Im staatlich-gesellschaftlichen Bereich hatte nach seiner Einschätzung die »nationale Bewegung« dem Individualismus ein Ende bereitet, daher seine andauernde Wertschätzung des Führers Adolf Hitler, dem gegenüber er sich immer wieder zu Loyalitätserklärungen der Treue und Opferbereitschaft »in Gehorsam und Dienstwilligkeit« hinreißen ließ.<sup>40</sup> Seine Verwurzelung im konfessionellen Luthertum, die Erkenntnis, »daß die Substanz der Kirche ihr Bekenntnis sei«,<sup>41</sup> bewahrte ihn davor, mit den »Deutschen Christen« gemeinsame Sache zu machen; diese hätten insbesondere auch übersehen, »daß sich das Führerprinzip des Staates nicht einfach so übertragen ließ«.<sup>42</sup> Umgekehrt verdächtigte er die Bekennende Kirche des Unionismus, warf ihr mangelndes Verständnis für die nach seiner Meinung grundsätzlich notwendigen gesellschaftspolitischen Reformen des NS-Staates vor und befürchtete, dass aus der Volkskirche eine »Winkelkirche« und aus der Kirche mit den »Rechte[n] einer öffentlichen Körperschaft« und dem »placet des Staates« eine »Freikirche« werde.<sup>43</sup> In der Phase der Zersplitterung, der Konfrontation und des Umbruchs hielt Zoellner ein interimistisches Eingreifen des Staates für unabdingbar, nicht um ein Staatskirchentum wiederzuerrichten, sondern um der Kirche die Mög-

---

38) A. a. O., 19.

39) A. a. O., 7.

40) Vgl. etwa a. a. O., 6.

41) A. a. O., 8.

42) A. a. O., 9.

43) A. a. O., 27 f.

lichkeit zu geben, sich auf klarer Bekenntnisgrundlage neu zu ordnen und sich dann als eigenständiger Faktor am Aufbau der »völkischen Ordnung« zu beteiligen.<sup>44</sup> Auch vom ehrlichen, selbstlosen Wollen des Ministers Kerrl zeigte Zoellner sich überzeugt.<sup>45</sup>

Zoellner war eine eigenartig ambivalente Persönlichkeit. Sein ganz auf die Kirche und das Bekenntnis ausgerichtetes theologisches und kirchenpolitisches Wollen war echt, wenn auch nicht frei von einer bestimmten dogmatischen Enge. Andererseits reflektierte er nicht die unvermeidlichen politischen Implikationen seines vermeintlich unpolitischen Handelns, auch nicht die Tatsache, dass seine Theologie der »Schöpfungsordnungen« und sein Ruf nach einer Bischofskirche stark zeitgebunden waren. Wenn er hervorhob, dass das Erlösungswerk Christi »dem Menschen im Innersten die Freiheit und nochmalige Möglichkeit einer freien Entscheidung für Gott« zurückgegeben habe,<sup>46</sup> so fragt sich, ob Zoellner nicht selbst ein Stück weit dem von ihm so vehement bekämpften neuprotestantischen Individualismus verhaftet war. Mit der reformatorischen Lehre vom *servum arbitrium* lassen sich solche Sätze jedenfalls offensichtlich nicht vereinbaren.

Obwohl er nach 1918 die Notwendigkeit einer Unabhängigkeit der Kirche vom Staat erkannt hatte, ließ er sich in seinen letzten Lebensjahren von der Befriedungspolitik des nationalsozialistischen Unrechtsstaates vereinnahmen – wohl auch, weil er dem Reiz der Macht nicht widerstehen konnte, seine Möglichkeiten überschätzte und die eigentlichen Ziele des Nationalsozialismus verkannte. Wie schon als preußischer Generalsuperintendent trug er keine Bedenken, mit staatlicher Legitimation zu amtieren. An der Stellung zu den von Zoellner geführten Kirchenausschüssen ist die Bekennende Kirche sichtbar auseinandergebrochen. Es spricht für Zoellner, dass er das als Scheitern seines als Vermittlung gedachten Wirkens selbst erkannte und, wenn auch spät, die Konsequenzen zog.

---

44) A. a. O., 13.

45) A. a. O., 14.

46) A. a. O., 5.